



- Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschuss -
- 17. Wahlperiode -

An die
Mitglieder des Finanz-, Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 12. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 08.11.2018

Anwesend:

Herr Walter Goda (Vorsitzender)
Frau Martina Spille (stellv. Vorsitzende)
Herr Heiko Bertelt
Herr Stephan F. Blömer
Herr Norbert Bockstette
Herr Bernard Echtermann
Herr Kurt Ernst (beratendes Mitglied)
Herr Martin Fischer
Herr Dr. med. Ludger Kampsen
Frau Dr. med. Christa Kiene-Schockemöhle
Frau Silvia Klee
Herr Josef Kruse
Herr Sebastian Ramnitz
Herr Matthias Warnking
Herr Andreas Windhaus
Herr Herbert Winkel (Landrat)

Vertretung für Herrn Kristian Kater
Vertretung für Herrn Dr. Stephan Siemer

Entschuldigt:

Herr Kristian Kater
Herr Heribert Kolhoff
Herr Dr. Stephan Siemer
Herr Paul Trenkamp (Grundmandat)

Hinzugezogen:

Herr Hartmut Heinen (Erster Kreisrat)
Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)
Herr Berthold Winter (Protokollführer)

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 20.09.2018
5. Antrag der SPD-Fraktion zum Umstieg auf Elektromobilität (553/2018)
6. Haushaltsplan 2019 - Eckdaten

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Walter Goda eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 20.09.2018

Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 20.09.2018 wird einstimmig genehmigt.

5. Antrag der SPD-Fraktion zum Umstieg auf Elektromobilität (553/2018)

Den Antrag der SPD-Fraktion begründet KTA Silvia Klee. Es bestehe die Möglichkeit, Zuweisungen aus den Programmen zur Förderung der Elektromobilität in kommunalen Verwaltungen zu generieren.

Über die Nutzungsmöglichkeiten und den Einsatz von Elektrofahrzeugen im Fuhrpark des Landkreises, der Kreisstraßenmeisterei und im Öffentlichen Personennahverkehr berichtet KR Holger Böckenstette. So werden derzeit neben den Auswertungen von Diesel- und Benzinerfahrzeugen Erfahrungen aus der Nutzung eines Hybridfahrzeuges und von zwei geleasteten Elektrofahrzeugen als Dienstwagen gesammelt.

LR Herbert Winkel weist darauf hin, dass bereits jetzt alternative Antriebsformen bei der Anschaffung von Fahrzeugen geprüft werden würden. Aktuell werde beispielsweise die Anschaffung eines Elektro-Scooters für die Poststelle geprüft.

KTA Josef Kruse sieht den Einsatz von Elektrofahrzeugen mit Hinweis auf ihm bekannte Studien kritisch. So müsse z. B. der Verbrauch an Brennstoffen für die Stromerzeugung, die höheren Kosten und die geringere Reichweite berücksichtigt werden.

In weiteren Beiträgen der Ausschussmitglieder wird die Intention des Antrages grundsätzlich positiv bewertet. Ausgiebig diskutiert wird über die Bedeutung des im SPD-Antrag verwendeten Begriffes „grundsätzlich“. In mehreren Wortbeiträgen werden Beispiele für den sinnvollen Einsatz von Elektrofahrzeugen und Grenzen für einen sinnvollen Einsatz genannt.

KTA Norbert Bockstette schlägt vor, den in Punkt A des Antrages verwendeten Begriff „grundsätzlich“ durch „möglich und sinnvoll“ zu ersetzen.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei einer Nein-Stimme:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

- a) Es werden in der kreiseigenen Fahrzeugflotte im Rahmen der Neu- und Ersatzbeschaffung wo möglich und sinnvoll nur noch Fahrzeuge mit Elektroantrieb angeschafft.
- b) Die Verwaltung prüft ebenso die Verfügbarkeit bzw. einsatztaktische Verwendungsmöglichkeit von rein elektrisch betriebenen Fahrzeugen in allen anderen für sie zuständigen Bereichen (z.B. ÖPNV).
- c) In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob der Landkreis Vechta Fördermittel aus dem Sofortprogramm der Bundesregierung „Saubere Luft 2017-2020“ oder anderen Förderprogrammen generieren kann.“

6. Haushaltsplan 2019 - Eckdaten

Den vorgelegten Entwurf der Eckdaten sowie die Notwendigkeit der vorgeschlagenen zusätzlichen Stellen und die hierdurch resultierenden finanziellen Belastungen werden von KR Holger Böckenstette erläutert.

Hinsichtlich der Notwendigkeit einer zusätzlichen Stelle im Rechtsamt und eines zusätzlichen Prüfers im Rechnungsprüfungsamt bedarf nach Auffassung einiger

Ausschussmitglieder einer weitergehenden Prüfung, wobei ggfls. auch eine externe Organisationsuntersuchung in Betracht kommt.

Ausschussmitglieder berichten, dass geprüfte Kommunen derzeit mit der Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes nicht zufrieden seien und eine konstruktive Zusammenarbeit vermissen würden.

Einstimmig bei zwei Enthaltungen beschließt der Ausschuss, dass die vorgeschlagenen zusätzlichen Stellen im Rechtsamt und im Rechnungsprüfungsamt im Stellenplanentwurf einen Sperrvermerk, wonach eine Stellenbesetzung von der vorherigen Beschlussfassung des Kreisausschusses abhängig ist, erhalten sollen.

Auf Nachfrage erläutert EKR Harmut Heinen die finanziellen Auswirkungen durch die Umsetzung des Medienentwicklungsplanes.

Eine unterschiedliche Schuldenentwicklung der kreisangehörigen Kommunen im Vergleich zu den Kreisschulden sieht KTA Heiko Bertelt. Eine Kreditaufnahme durch den Landkreis sei möglich und zumutbar. Er stellt den Antrag, die Kreisumlage im Haushaltsplanentwurf um weitere zwei Punkte zu senken.

Mit Hinweis auf die nominal höhere Kreisumlage unterstützt KTA Stephan F. Blömer den Antrag auf Senkung des Umlagesatzes.

KTA Bernard Echtermann weist darauf hin, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre auch den kreisangehörigen Kommunen zu Gute gekommen sei. Bei der Bewertung der Verschuldung müsse beispielsweise auch der Erwerb von Grundvermögen berücksichtigt werden.

Für eine stabile und verlässliche Kreisumlage sprechen sich KTA Matthias Warnking und KTA Dr. med. Ludger Kampsen aus.

KTA Matthias Warnking warnt davor, die geplanten Investitionen auf dem Rücken der nächsten Generation zu finanzieren.

Die Senkung der Kreisumlage auf 37 % sei nach Auffassung von KTA Silvia Klee das Minimum, aber in Hinblick auf die künftigen hohen Ausgaben für Digitalisierung, Bildung und Wohnraumschaffung auch in Ordnung. Aufgrund der hohen Einnahmen der Kommunen bestehe auch dort kaum ein finanzieller Fehlbedarf. Ein Problem sei vielmehr der fehlende Baugrund.

Der Antrag von KTA Heiko Bertelt, im Haushaltsentwurf 2019 die Kreisumlage um 2 Punkte auf 35 % zu senken, wird mehrheitlich bei einer Enthaltung und zwei Ja-Stimmen abgelehnt.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei zwei Nein-Stimmen:

„Der Landrat wird gebeten, auf Grundlage der vorgestellten Eckdaten den Entwurf des Haushaltsplanes 2019 mit einem Kreisumlagehebesatz von 37 % aufzustellen.“

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Vechta, 12.11.2018

Winkel
Landrat

Winter
Protokollführer

